

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Ein neuer Schlag gegen die Arbeiterschaft

Mit seiner ersten Notverordnung knöpfte das Kabinett der Barone, das wir bekanntlich den Nazis verdanken, von der Arbeitslosenunterstützung etwa 23 vH ab. Auf die heftigen Proteste der Opfer dieses Abzugs wurde geantwortet, das Kabinett habe, eine dringliche Notwendigkeit erfüllend, zu dem Entwurf greifen müssen, den die Regierung Brüning hinterlassen habe. Es hat Leute genug gegeben, die diese Beschwichtigung zugunsten der Arbeiterschaft auslegten; sie meinten, mit dieser, nur von einer Zwangslage gebotenen Verordnung sei es mit der Schröpfung der arbeitenden Schichten endgültig vorbei. Welch scheußlicher Irrtum! Die Beschwichtigung war nicht an die Arbeiterschaft, sondern an die besitzende Klasse gerichtet. Daß es in der Tat so war, darüber läßt die neueste Verordnung der Regierung der Barone keinen Zweifel.

Die Regierung der „nationalen Konzentration“ setzt noch munter fort, was das „Kabinett der Frontsoldaten“ begonnen hat. Es werden noch mehr Geld, Kredit und Geschenke der Kapitalistenklasse spendet — um die „in der Privatwirtschaft schlummernden Kräfte zu entfachen“; und es wird der Arbeiterschaft noch mehr vom Lohn und andern Errungenschaften genommen — um einen „Ausgleich der Interessen“ herzustellen. Die Geschenke, die neuerdings der Bourgeoisie zugeschoben werden, mögen an vier Milliarden Mark ausmachen. So viel hält die Regierung für nötig, um die Privatindustrie zu bewegen, ihre Betriebe in Gang oder auf die Höhe zu bringen. Profit muß eben sein, ohne ihn scheinen die Unternehmer keine Lust mehr zu geschäftlicher Tätigkeit zu haben. Wie aber, wenn die Unternehmer trotz dieser goldigen Anregung geschäftslahm wie bisher bleiben? Wie wenn sie auch diese neuen Milliarden nicht zur Belebung der Wirtschaft, sondern zur Weiterverbreitung ihrer Mißwirtschaft verwenden? Nun dann sind eben die Milliarden verpulvert, und die Steuerzahler, in der Hauptsache die arbeitenden Schichten, haben die Rechnung einmal mehr zu bezahlen.

Welche Unsummen von Geld hat nicht die Regierung Brüning der Arbeiterschaft abgeknöpft zur „Sicherung der Wirtschaft, Finanz und des öffentlichen Friedens“. Nach jeder dieser Abknöpfung waren Wirtschaft, Finanz und der öffentliche Frieden ungesicherter als je. Eine Lehre aus der kindisch phänomenalen Politik seines Vorgängers zu ziehen, fällt dem Herrn von Papen offenbar nicht ein. Er begeht weiter den unheilvollen Weg; er verwendet weiter das unsinnige Rezept, das den deutschen Wirtschaftskörper erst eigentlich so weit auf den Hund gebracht hat. Sich darüber aufzuregen, hat nicht viel Sinn. Diese Regierung wie jede ihresgleichen hat eben keine andren Mittel.

Diese Tatsache kann nicht deutlich genug betont werden, um vor Illusionen zu bewahren. Vor allem vor der Illusion, daß es mit dem neuesten Aderlaß am arbeitenden Volke nun aber bestimmt sein Bewenden habe. Nichts irriger als das. Noch ehe dieser Aderlaß richtig in Gang gekommen sein wird, dürfte schon ein neuer in Vorbereitung sein, und schwerlich kein geringerer. Nicht umsonst hat sich die Regierung die Ermächtigung geben lassen, die gesamte Sozialversicherung zu „reformieren“. Nur ein Tor kann sich in dem Glauben wiegen, diese „Reform“ werde zum Vorteil der Sozialversicherten geschehen. Die Sozialversicherten sind heute die Kapitalisten, für die die Arbeiter und Verbraucher die Beträge zu entrichten haben. Das ist ja der Unterschied zwischen einst und heute:

Einst lebte das Proletariat von der besitzenden Klasse, heute lebt diese vom Proletariat.

Dieser liebliche Zustand wird solange dauern, als bis seine großen Leidtragenden sich ihn gefallen lassen.

„Für die schlummernden Kräfte“.

Doch wenden wir uns nun den Einzelheiten der Notverordnung „zur Belebung der Wirtschaft“ zu. Man sieht es ihr auf den ersten Blick an, daß an ihr ganz reaktionäre Unternehmerhände mitgeschrieben haben. Dies wird obendrein bestätigt durch den geradezu begeisterten Beifall, den die Scharfmacherpresse der Verordnung spendet, was als Beweis dafür gelten kann, daß sie der Kapitalistenklasse außergewöhnlich fette Bissen bringt. Die Maßnahmen der Regierung zur „Weckung der schlummernden Kräfte in der Privatwirtschaft“ sind in der Hauptsache folgende:

Es werden für 1,5 Milliarden Mark Steuergutscheine ausgegeben, die zur Belebung der Privatwirtschaft dienen sollen. Steuergutscheine in Höhe von 700 Millionen Mark können als Beschäftigungsprämien, das heißt für die Einstellung neuer Arbeiter, ausgegeben werden.

Für öffentliche Aufträge werden etwa 600 Millionen Mark flüssig gemacht, und zwar 335 Millionen für das allgemeine Arbeitsbeschaffungsprogramm, 50 Millionen für Hausreparaturen, 60 Millionen für Geldanlagen der Reichspost und 170 Millionen für Geldanlagen der Reichsbahn auf Grund der Gutscheine für die Beförderungssteuer.

Der Bundesausschuß des ADGB zur Notverordnung Schärfster Widerstand gegen Lohnabbau und Durchbrechung der Tarifverträge

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war am 9. und 10. September in Berlin beisammen. Jetzt, wo diese Zeitung zum Druck muß, geht die Beratung noch weiter; wir können folgedessen von ihr erst nächste Woche den vollen Bericht bringen. Immerhin sei heute schon mitgeteilt, daß der Bundesausschuß selten eine Sitzung von solcher Wichtigkeit gehabt hat. Sie beschäftigte sich am ersten Tage nach einem allgemeinen Bericht des Vorsitzenden Leipart im besonderen mit der Notverordnung und den Maßnahmen der Arbeiterschaft gegen diesen wirtschaftlich ebenso fragwürdigen wie sozialpolitisch ungeheuerlichen Versuch einer Reichsregierung, die Wirtschaft anzukurbeln. Nachdem drei Sachberater, die Kollegen Eggert, Spliedt und Nörpel die Notverordnung auf ihre wirtschaftlichen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Auswirkungen hin beleuchtet hatten, setzte eine ausgedehnte und äußerst gründliche Erörterung der Verordnung ein. Es wurde dabei jede ihrer Einzelheiten vom Standpunkt des Arbeiters wie des Gewerkschafters kritisch gemustert, und was noch wichtiger war, jeder Redner betonte, daß gegen diese unerhörte Belastung sowie lohnpolitische wie sozialrechtliche Bedrückung der Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit Widerstand zu leisten sei.

Der Vorsitzende, Kollege Leipart, faßte am Schluß der ersten Sitzung das Ergebnis der Beratung folgendermaßen zusammen:

Die Verhandlungen haben durch ihre sachliche Höhe und wegweisende Kraft der bedeutsamen Stunde dieser Tagung sich würdig gezeigt. Es wird jetzt eine der Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung sein, gegenüber dem neugeschaffenen Recht ihre Rechtsauffassung in der Öffentlichkeit mit überzeugender Wirkung zu vertreten. Trotz der verschiedenartigen Lage in den einzelnen Berufen haben alle Gewerkschaften das gemeinsame Interesse, gegen die lohnpolitischen Auswirkungen der Notverordnung schärfsten Widerstand zu leisten. Den Bemerkungen über Wert und Unwert der Tarifverträge

in der gegenwärtigen Lage, die in der Debatte gefallen waren, fügte Leipart hinzu, daß auch das Schlichtungswesen in seiner heutigen Form seinen Wert immer mehr verliert, je mehr die Staatsgewalt dazu übergeht, es nur noch als Mittel zur Behinderung der Gewerkschaften zu handhaben.

Die Gewerkschaften halten nach wie vor an der Überzeugung fest, daß auf dem von der Regierung von Papen eingeschlagenen Wege der privatwirtschaftlichen Initiative ein Auftrieb der Wirtschaft nicht zu erwarten ist. Um so weniger können sie auf die Forderung verzichten, daß die Regierung neben ihren sonstigen Maßnahmen öffentliche Arbeiten großen Stils in Angriff nimmt. Zur Finanzierung dieser Arbeitsbeschaffung im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen können erhebliche Beträge aus den Mitteln entnommen werden, die zur Steuerrückerstattung zur Verfügung stehen. Wir wiederholen, fuhr Leipart fort, daß nach unserer Auffassung, die sich auf Erfahrungen der letzten Jahre stützt, der weitere Lohnabbau die von der Regierung erwartete Wirkung ihrer Maßnahmen, die Ankurbelung der Wirtschaft, durchkreuzen wird. Wir erklären erneut unseren entschiedenen Protest und unseren Willen zum energischen Widerstand gegen den geplanten Lohnabbau und gegen die Durchbrechung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge. Diese Durchbrechung der Unabdingbarkeit hebt den Sinn der Tarifverträge auf. Die Gewerkschaften sind im besonderen Gegner dieser Maßnahmen, weil die Tarifverträge die tiefste Grenze der Entlohnung, den Schutz der Lebenshaltung der Arbeiterschaft nach unten festsetzen. Dieser Schutz entfällt durch die Bestimmungen der Notverordnung. Damit werden die Tarifverträge für die Arbeiterschaft wertlos. Und damit schwindet auch das Interesse der Gewerkschaften an der tarifvertraglichen Regelung. Aus dieser Erkenntnis werden die Verbände im einzelnen ihre Konsequenzen ziehen.

Leipart schloß die Sitzung mit der Feststellung, daß diese von ihm gezogenen Folgerungen aus dem Verlauf der Beratungen die ungeteilte einmütige Zustimmung des Bundesausschusses gefunden haben.

Ferner werden 40 Millionen Mark Kredite für mittel- und kleingewerbliche Unternehmen bereit gehalten. Als ein Sondergeschenk für die Gemeinden gilt die Ermächtigung, die Bürgersteuer auch im letzten Vierteljahr von 1932/33 zu erheben, jedoch mit der Ermäßigung des Grundbetrages um 25 vH und des Ehegattenzuschlages um 50 vH.

Wie man sieht, ist die Regierung keineswegs kleinlich, wo es gilt, der Bourgeoisie Geschenke zu machen. Und ebensowenig kleinlich zeigt sich die Regierung, wenn es gilt, der Arbeiterschaft noch mehr Lasten aufzubürden. Um damit zu beginnen: Die Beschäftigungsprämie läuft, wie man noch sehen wird, auf eine beträchtliche Belastung der Arbeiter, auf Lohnkürzung, hinaus. In der Praxis soll die Sache so gehandhabt werden: Ein Unternehmer, der in dem Wirtschaftsplanjahr vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 im Durchschnitt eines Kalendervierteljahres mehr Arbeiter beschäftigt als im Durchschnitt der Monate Juni/August 1932, erhält für jeden Arbeiter, den er über die frühere Bestandszahl hinaus einstellt und ein Vierteljahr lang beschäftigt, eine Entschädigung von 100 M in Form eines Steuergutscheins, der in den Jahren 1934 bis 1938 in Zahlung gegeben werden, aber auch schon gleich flüssig gemacht werden kann durch Beleihung oder Verkauf an der Börse. Werden die Mittel für die Beschäftigungsprämien ganz ausgeschöpft, dann können 1/3 Millionen Arbeiter neu eingestellt werden.

Von den 700 Millionen Mark Beschäftigungsprämien scheint die Regierung Wunderdinge zu erwarten. Sie meint wohl, wenn man die Unternehmer mit Geldgeschenken animiere, würden sie fleißig Arbeiter einstellen. Aus dieser Meinung spricht eine Unkenntnis der Hauptursache der Arbeitslosigkeit. Die Einstellung von mehr Leuten kann doch nur den Zweck haben, mehr zu erzeugen. Und mehr erzeugen wird ein Unternehmer nur dann, wenn er die Erzeugnisse auch gewinnbringend absetzen kann. Hier aber liegt der Hase im Pfeffer: Um mehr absetzen zu können, muß die Kaufkraft höher werden, das heißt muß die Masse mehr Einkommen haben, muß der Lohn gesteigert werden. Aber gerade an die Erfüllung der unerläßlichen Voraussetzung der Wirtschaftsbelebung, eben an die Lohnsteigerung, denkt die Regierung nicht, wohl aber, wie noch gezeigt werden wird, an das Gegenteil, an die Lohnkürzung.

„Als Ausgleich der Interessen“.

So rücksichtsvoll die Regierung ist, wenn es sich um das Unternehmertum handelt, so rücksichtslos ist sie, wenn die Arbeiter in Frage kommen. Nach der Verordnung bekommt der Unternehmer das Recht, die Tariflöhne zu mindern, wenn er die Zahl seiner Leute vermehrt. Es soll sich die Lohnkürzung nicht auf die ganze Entlohnung erstrecken, sondern auf die von der 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde beschränkt sein. Wenn der Unternehmer eine Neueinstellung von Arbeitskräften vornimmt, dann soll der Tariflohn für alle Beschäftigten nur für 30 Arbeitsstunden in der Woche gewährt werden. Für die 30. bis 40. Wochenstunde tritt folgender Lohnabschlag ein:

10 vH bei einer Mehreinstellung von	5 vH
20 " " "	10 "
30 " " "	15 "
40 " " "	20 "
50 " " "	25 "

Weiter soll keine Lohnermäßigung gewährt werden, so daß bei einer Beschäftigung über die 40. Stunde hinaus keine Ermäßigung des Tariflohnes mehr eintritt. Die gesamte Lohnsumme eines Betriebes soll nach den Neueinstellungen größer sein als vormals.

Neben diesem ungeheuerlichen Eingriff in die Tarifvertragsrechte, bei dem eine Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretung ausgeschlossen ist, findet noch eine Sonderregelung zur Aufrechterhaltung besonders „notleidender“ Betriebe statt. Hier wird der Schlichter ermächtigt, Abschläge vom Tariflohn zuzulassen. Der Abschlag darf über 20 vH der tariflichen Löhne nicht hinausgehen. Dies tritt am 15. September 1932 in Kraft.

Es ist in der Tagespresse schon dargelegt worden, daß diese Einstellungsprämien, die auf eine Lohnkürzung von 12 1/2 vH berechnet werden, eine Belohnung der Unternehmer bedeuten, die mit der Entlassung von Leuten rücksichtslos verfahren sind, und eine Bestrafung der Unternehmer, die trotz schlechtem Geschäftsgang ihre Leute zu behalten sich bemüht haben. Und weiter ist aufgezeigt worden, daß die Einstellungsprämien dadurch, daß sie zur Verschiebung von Arbeitern von einem Betrieb zum andern anregen, der Korruption Tor und Tür öffnen, zumal es in der Verordnung an gebührenden Sicherheitsmaßnahmen fehlt.

Wir können heute bei diesen Dingen nicht verweilen, sondern müssen uns andern Gefährlichkeiten der Verordnung zuwenden. Zum ersten zu der Ermächtigung des Schlichters, für notleidende Betriebe noch eine Lohnsenkung vornehmen zu können. Wer die Ehrenhaftigkeit der deutschen Unternehmer auch nur oberflächlich kennt, wird es ohne Beweis glauben, daß so ziemlich jeder von ihnen nachweisen wird, daß sein Betrieb auf den Tod notleidend ist, und wer unsre Schlichter von heute kennt, wird die Größe ihres Verständnisses für die Betriebsnot der Unternehmer ahnen. Es wird nicht lange dauern, und die Mehrzahl der Unternehmer wird sich des Grades von Notleidigkeit erfreuen, um die Lohnkürzung ergattern zu können. Wieviel Millionen auf diese Weise aus der Lohnkürzung herausgeholt werden, läßt sich nur vermuten. Ein neues goldiges Geschäft für die Besitzenden!

Das dicke Ende kommt nach.

Aber damit ist das Trauerspiel zur Belebung der Wirtschaft noch nicht zu Ende. Die Regierung hat sich, wie schon angedeutet, vom Reichspräsidenten noch die Ermächtigung geben lassen, das gesamte Gebiet der Sozialpolitik von Grund auf zu ändern. Der Plan geht dahin, die öffentlich-rechtliche Versicherung für den Fall von Krankheit und Unfall, von Arbeitslosigkeit und Berufsunfähigkeit, von Invalidität und Tod vollständig neu zu ordnen. Die Ermächtigung erstreckt sich insbesondere auf Umfang, Gegenstand und Träger der Versicherung, äußere und innere Verfassung der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden, auf das Verfahren und die Aufbringung der Mittel, die Verwaltung und Wirtschaftsführung. Die Reichsregierung kann ferner Maßnahmen treffen auf dem Gebiete der Arbeitsverfassung, einschließlich der Verfassung der Arbeitsgerichte, des Arbeitsvertrages, des Tarifvertrages, des Schlichtungswesens und des Arbeitsschutzes; auf dem Gebiete

der Arbeitslosenhilfe und der öffentlichen Fürsorge, des Arbeitsmarktes und der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsfürsorge und des Arbeitsdienstes und was damit im Zusammenhang steht.

Es ist noch unklar, was hier alles auf dem Spiele steht. Die gesamte deutsche Sozialversicherung und Sozialpolitik, ein Werk, an dem zwei Generationen gearbeitet haben, soll von einer Regierung, hinter der nur ein Bruchteil des Volkes steht, vollständig nach der für die Arbeiterschaft negativen Seite umgewandelt werden. Die Regierung beruft sich dabei auf die Worte des Reichspräsidenten, daß „die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben soll“. Der Gedanke, daß hier eine Regierung die Sozialpolitik vollständig vermurksen will, ist so ungeheuerlich, daß man die Sache im einzelnen darstellen müßte, um die ganze Größe der Gefahr aufzuzeigen.

In den Begleitworten zu diesem „Ankurbelungsprogramm“ ist viel vom Ausgleich der Interessen die Rede. Wer soll mit diesem Hinweis verhohnepieelt werden? In Wirklichkeit werden hierdurch die sozialen Gegensätze ungeheuer verschärft. Die Arbeiterschaft hat einen neuen Beweis, wie rücksichtslos eine Regierung gegen das arbeitende Volk sein kann, die von der Großindustrie, dem Agrarierum und der Hochfinanz getragen wird: Der Masse von armen Teufeln werden die Kosten der Wirtschaftsbelebung aufgebürdet, dem Unternehmertum werden dafür goldige Geschenke verabreicht. Gelingt diese Wirtschaftsbelebung, so machen die Unternehmer erneuten Gewinn, die Arbeiter bekommen noch immer nichts. Gelingt aber, wie es wahrscheinlich bis zur Gewißheit ist, die Wirtschaftsbelebung nicht, nun dann haben eben die Arbeiter die Opfer umsonst gebracht und die Unternehmer haben fett gelebt, und für deren fettes Leben müssen die armen Teufel dann noch einmal als Steuerzahler und Verbraucher aufkommen. Man nennt das, wie gesagt, Ausgleich der Interessen.

Zum Schluß wird es gut sein, abermals daran zu erinnern, daß wir die Regierung, die diesen unerhörten Anschlag auf die Arbeiterklasse verübt, den Nationalsozialisten verdanken. Gäbe es keine Nazis, es gäbe keine Regierung der Barone!

Hungerexistenz der deutschen Arbeiterschaft

Die große Arbeitslosigkeit, die weit verbreitete Kurzarbeit, die stark verminderten Löhne haben den größten Teil der Arbeitseinkommen auf eine Stufe sinken lassen, die unter dem Existenzminimum liegt. Ein einigermaßen klares Bild über die gegenwärtige Lohnhöhe vermitteln die vereinnahmten Wochenbeiträge zur Invalidenversicherung. Diese verteilen sich auf die einzelnen Lohnklassen wie folgt (in vH):

Einkommenshöhe wöchentlich	1930	1931	1932 (I. Halbjahr)
bis 24 M	46,8	51,9	60,9
über 24 bis 36 M	16,9	17,9	19,2
mehr als 36 M	36,3	30,2	19,9

Die zunehmende Verschlechterung der Löhne ist aus dieser Zusammenstellung zu ersehen. Im I. Halbjahr 1932 verdienten 60 vH der Versicherten im Monat nur bis zu 100 M oder in der Woche etwa 24 M einschließlich der Abzüge. Rechnet man die Arbeitslosen hinzu, so kommt man auf einen sehr hohen Teil der deutschen Arbeiterschaft, der nicht einmal das Existenzminimum für sich beanspruchen kann. Um wieviel besser es noch vor zwei Jahren war, ersieht man aus obiger Tabelle.

Das Institut für Konjunkturforschung schätzt das Arbeitseinkommen im ganzen Jahr 1932 auf 26 bis 27 Milliarden M, gegen 44 bis 46 Milliarden M im Jahre 1929. Von Jahr zu Jahr ist das Arbeitseinkommen gesunken. Das mittlere Einkommen sank vom 4. Vierteljahr bis zum 1. Vierteljahr des darauffolgenden Jahres:

1928/29 um 5 vH	1930/31 um 10 vH
1929/30 um 5 vH	1931/32 um 16 vH

Durch die im Grunde wirtschaftsschädigende Politik, die von Regierung und Unternehmertum getrieben wurde, ist die Kaufkraft von Jahr zu Jahr verringert. Kein Wunder, daß die deutschen Arbeitslöhne auch gegenüber den anderen Ländern immer mehr ins Hintertreffen geraten. Nach einer Aufstellung des Internationalen Arbeitsamts sank der Stundenlohn im ersten Vierteljahr 1932 in Deutschland (1929 = 100) auf 84,9; in den Vereinigten Staaten auf 88,7 und in England auf 96. Nicht verwunderlich ist es, wenn das Ausland die deutsche Lohnentwicklung mit Aufmerksamkeit verfolgt und den deutschen Fertigwarenexport als Dumping (Schundkonkurrenz) ansieht. Stand es schon bisher schlecht mit den deutschen Lohnsätzen, so glaubt diese Regierung der deutschen Arbeiterschaft auch noch die Sanierungskosten der Wirtschaft aufbürden zu müssen. Ein fürchterliches Schicksal, das die Arbeiterschaft über sich ergehen lassen muß. Schließlich sind die deutschen Arbeiter nicht unschuldig an einer derartigen Entwicklung. Sie haben sich teilweise von ihren Klassengenossen politisch und wirtschaftlich getrennt und sich Hassreden in die Arme geworfen, die sie nur als Fußschemel benutzen, um zur Macht zu kommen. Die Folgen einer derartigen Vernachlässigung eigener Interessen spiegeln sich in den deutschen Löhnen wider.

1 1/2 Millionen nicht gebaute Arbeitslose

In Deutschland gibt es eine sichtbare und unsichtbare Arbeitslosigkeit. Alle Zahlen der Arbeitslosigkeit bei den Arbeitsämtern geben, wie das Institut für Konjunkturforschung schreibt, ein ungenaues Bild über den tatsächlichen Umfang der Arbeitslosigkeit, als hier eben nur die Arbeitskräfte registriert werden können, die bei ihrem Bemühen um eine Beschäftigung die Arbeitsämter in Anspruch nehmen. Dazu besteht an sich kein gesetzlicher Zwang. Nur wer Arbeitslosenunterstützung in irgendeiner Form beziehen will, muß als Arbeitsloser bei den Arbeitsämtern eingetragen sein. Je mehr nun die Bestimmungen über den Bezug von Arbeitslosenunterstützung im Laufe der Zeit eingeschränkt worden sind, desto geringer ist für viele Arbeitslose der Anreiz, sich bei den Arbeitsämtern als arbeitslos zu melden, um so geringer, je weniger Aussicht vorhanden ist, durch das Arbeitsamt einen neuen Arbeitsplatz zu finden. So kommt es, daß tatsächlich neben der sichtbaren Arbeitslosigkeit bei den Arbeitsämtern heute eine nicht un erhebliche unsichtbare Arbeitslosigkeit besteht. — Nicht weniger als 1 1/2 Millionen Menschen werden bei den Arbeitsämtern noch bei den Krankenkassen registriert. Es handelt sich hier um jugendliche Arbeitslose, um Schwarzarbeiter oder solche, die sich auf Wanderschaft befinden. Die Landstraßen waren von wandernden Arbeitern noch nie so bevölkert wie heute. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt die durchschnittliche Arbeitslosigkeit soweit sie die Arbeitsämter feststellen, im Jahre 1932 auf 6 1/2 Millionen. Rechnet man dazu die unsichtbare Arbeitslosigkeit in Höhe von 1 1/2 Millionen hinzu, so kommt man auf eine Arbeitslosenziffer von 7 1/2 bis 8 Millionen. Da Deutschland etwa 14 Millionen Industriearbeiter zählt, dürfte weit mehr als die Hälfte beschäftigungslos sein.

Nachklänge zum Katholikentag in Essen

Die Arbeiter an die Wand gedrückt

Die Wahl der Stadt-Essen, des Kohlenpotts, für diesen Katholikentag ist sicherlich nach sehr reiflicher Erwägung getroffen worden. Im „Schwarzen Westen“ ist nicht nur die Hochburg der christlichen Gewerkschaften, sondern auch die Heimat von Papen und Brüning, der katholischen Industriellen, Bankiers und Feudaladligen. Dort rebellieren die katholischen Proletarier gegen die Notverordnungen ihrer Führer, die den armen Teufeln Lohnraub, den Millionären dicke Goldstangen brachten. Es mußte darum die Heerschau des Katholizismus pompös aufgezogen und in Weihrauch gesetzt werden. Die Regie klappte denn auch vorzüglich:

Zehntausende von Menschen in dicken Kolonnen unter Fahnen und Symbolen. Eine Garnitur glänzender Redner. Feierliche Hochämter: Äußerlichkeiten eines Kultes, der sich trotz aller Auseinandersetzungen von Geschlecht zu Geschlecht vererbte, der die große Masse immer noch blindlings folgen läßt. Immer noch ein Machtfaktor, der nicht unterschätzt werden darf, ebensowenig wie das Prinzip: „Der Zweck heiligt die Mittel“

Trotz allem drängen sich die Verfallserscheinungen auf. Bis zur letzten Wahl hat der politische Katholizismus in stetig abfallender Kurve an Boden verloren, wie folgende Statistik zeigt: Von allen abgegebenen Stimmen erhielt das Zentrum (nach der Revolution Zentrum und Bayerische Volkspartei zusammen): 1874: 27,9 vH, 1884: 22,6 vH, 1898: 18,8 vH, 1919: 19,6 vH, 1924: 17,4 vH, 1928: 15,1 vH, 1930: 14,8 vH, 31. Juli 1932: 15,7 vH. Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß bei den letzten Wahlen Hunderttausende von Nichtklerikalen für das Zentrum gestimmt haben. Durch seine Schlüsselstellung, die es kräftig ausnutzte, hat es eine Unmenge von politischen Rückhalt Suchenden, Geschäftsleuten und Pöstchensucher, angezogen. Um diesen einträglichen Zustand zu erhalten, macht ja das Zentrum seine Klimagese mit den rechtsradikalen Parteien. Allein, selbst wenn man die nichtklerikalen Stimmen als für den politischen Katholizismus abgegeben rechnen will, ist die Abwärtskurve um so unverkennbarer.

Im Ruhrgebiet kommen auf 1 000 000 Katholiken 10 000 Dissidenten. Und doch haben die freien Gewerkschaften in der Metallindustrie mehr als das Doppelte an Betriebsratsmitgliedern als die christlichen Gewerkschaften, im Bergbau mehr als das Dreifache — eine parallele Erscheinung zu den Verfallserscheinungen des politischen Katholizismus und ein Beweis dafür, daß die Hauptmasse der katholischen Arbeiterschaft schon längst ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen dem politischen Katholizismus nicht mehr anvertraut und bei der Linken in guten Händen weiß. Diese Abwanderung nach links wird sich — dank der ungewollten Hilfe der Katholiken Papen und Bracht — in allernächster Zukunft nur noch in größerem Ausmaße vollziehen.

Der Abmarsch der katholischen Arbeiter zum Sozialismus zeitigte eine Re-Aktion, die auf diesem Katholikentag (1. bis 5. September) schärfer als je zutage trat: Das Spielen mit dem Gedanken des Konservatismus, das Überbetonen des Nationalen, die Verbeugungen vor den Deutschnationalen und dem Nationalsozialismus, der „verschärfte Kampf gegen den Marxismus“, der in den verschiedenen Registern gezogen wurde usw. usw. Daran ändert nichts, daß auch mal ein Gewerkschafter zu einem — furchtbar unverbindlichen — Vortrag zugelassen wurde oder daß Josef Joos formell den Vorsitz der „Sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft“ führen durfte. Gerade hier hielt die Hauptrede ausgerechnet ein Deutschnationaler, gerade hier wetzte man die Streitaxt gegen die Linke, gerade hier war der Einfluß der Reaktion so stark, daß man von der Führung aus nicht einmal irgendeine Entschließung auf die Beine bringen konnte: „Wie sage ich's meinem Kinde, der Arbeiterschaft . . .?“

Immer wieder Variationen über den beliebten Gegenstand: „ . . . Eine gefährliche Irrlehre schlummert in der Überschätzung der Arbeit. Es ist nicht wahr, daß die Arbeit für sich allein Werte und Güter schafft . . . Wer aus unfruchtbarer Doktrinismus heraus einem Zukunftsideal zuliebe Haß gegen die Gegenwart aussät, ist kein Freund der Menschheit, sondern ihr Feind.“ Selbst Emil Ritter, der Mann des Volksvereins, wußte nichts anderes zu erklären als: „Der verstärkten Radikalisierung der katholischen Arbeiterschaft muß die verstärkte katholische Aktion entgegengesetzt werden!“ Und hierbei empfahl er ausgerechnet die — Enzykliken des „Arbeiterpapstes“ Leo XIII. Aber gerade Leo XIII. hat die „gegenwärtige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“ wie folgt kritisiert: In ihr sind es nur

„wenige Reiche und Großkapitalisten, die der ungeheuren Menge des Proletariats ein nahezu sklavisches Joch auferlegen . . . die Produktion und Handel nahezu gänzlich in ihre Gewalt gebracht haben und deren Unmenschlichkeit und zügellosen Habgier . . . die Arbeiter preisgegeben wurden . . . Für die Beschaffung dieser Güter ist die Arbeit der Proletarier am meisten wirksam und notwendig. Ja, auf diesem Gebiete ist ihre Macht und Wirksamkeit so groß, daß jenes die lauterste Wahrheit ist, daß nirgends anderswoher als aus der Arbeit der Arbeiter der Reichtum der Staaten entsteht.“

Warum lauten die Katholikentagsreden und Predigten so grundverschieden anders als die Ausführungen eines Papstes, die man der Masse verschweigt? Weil jetzt auf einmal alles „wohlgeordnet und aufgeteilt“ ist: den Arbeitern die Fron, den Kapitalisten die Dividende? Nein, weil die ganze Befolgung der päpstlichen Worte den schärfsten Kampf gegen das arbeitslose Einkommen bedeuten würde, Kampf gegen die kapitalistischen Herren, Kampf für die Masse der Entteilten gegen die Entteigern. Würde aber der offizielle Katholizismus solche Konsequenzen ziehen, dann wäre es mit ihm vorbei — denn Kapitalismus und Reaktion können auch ihn nur solange brauchen, als er mit seiner Würde ihnen vor den Augen des „einfachen Volkes“ den Schein der Heiligkeit und Unantastbarkeit verleiht.

Trotz aller Katholikentagsreden und trotz der „katholischen Aktion“ findet der katholische Arbeiter den Weg zu den Kampfzeichen des Sozialismus. Denn ihm, der

an seinem eigenen Leibe und an dem in seiner Familie immer größer werdenden Mangel an dem zum Leben Notwendigen verspürt, wie sehr die Zusammenballung des Kapitals in Händen weniger nicht auf rechtem Einkommen, sondern auf Aneignung von Mehrwert, also vorenthaltenem Lohn, basiert, diesem Arbeiter ist es keine Frage, daß die Enteignung der Entteilten nicht nur nicht im Widerspruch zu den „Zehn Geboten“ steht, sondern daß sie geradezu zu einer Forderung kraft dieser „Zehn Gebote“ werden müßte. Er handelt hierbei auch nicht im Widerspruch zu seinem religiösen Gewissen, das ihm Liebe gebietet, denn er fragt sich, wo mehr Liebe ist: dort, wo man um der „Erhaltung des Bestehenden“ willen immer wieder ängstlich und zaudernd vor den letzten Entscheidungen zurückschreckt, wo man ihm predigt, als „heroischer Dulder um seiner Religiosität willen auf den Kampf gegen das Unternehmertum zu verzichten“ — oder dort, wo man aus leidvollem Selbst- und Mitleidnis heraus sich in eine Kampffront mit den Schicksalsgenossen stellt, deren Ziel — einmal sehr einfach ausgedrückt — es ist, auf dem Wege der Beherrschung der Produktionsmittel durch die Gesamtheit den Kapitalismus und damit die Ursachen des Klassenkampfes zu beseitigen. Deshalb kann der katholische Arbeiter nicht anders, als sich in das sozialistische Kampfheer einzugliedern, wenn, wie es geschehen ist, sich der offizielle Katholizismus mit dem Kapitalismus und der Reaktion verbündet. Dann gilt auch für den letzten katholischen Arbeiter das, was Pfarrer Reichensperger, der Generalsekretär des katholischen Volksbundes in der Tschechoslowakei, u. a. in der Deutschen Presse schrieb:

„Ich halte es für meine Christenpflicht, immer und immer wieder zu betonen: Jeder Mensch hat ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben, auf einen ausreichenden Lohn, auf eine gesunde Wohnung, auf genügende Erholung. Und wenn es der Sozialismus ist, der diese Forderungen aufstellt, so handelt er eben in diesem Falle christlich. Wir müssen nach meinem Erachten die Grenzlinie zwischen Kapitalismus und Christentum so scharf als möglich ziehen. Der Kapitalismus ist nicht die von Gott gewollte Weltordnung. Er ist der größte Feind des Christentums. Er hat die Massen aus der Kirche herausgeführt. Wir müssen jeden Schein der Verbindung mit ihm meiden, ob er sich Bürgerblock oder Einheitsfront gegen den Sozialismus oder anders nennt. Unser Platz ist auf Seiten des arbeitenden Volkes, ist in der Front der Kämpfer gegen die Ausbeutung, gegen die Versklavung des Volkes. Es kommt eine neue Ordnung. Die soziale Reaktion ist eifrig am Werk, die sozialen Errungenschaften der letzten Zeit wieder abzubauen. Man braucht nur gelegentlich die Auslassungen über die Sozialversicherung, Betriebsausschüsse, über die Belastung der Wirtschaft zu lesen. Verbinden sich christliche Politiker mit der sozialen Reaktion, mit den Klassenkämpfern aus dem Lager des Kapitalismus, so zwingen sie die christlich denkende Arbeiterschaft, sich nach einer anderen politischen Vertretung umzusehen und treiben sie in das Lager des Sozialismus.“

Die Verbindung der „christlichen Politiker mit der sozialen Reaktion, mit den Klassenkämpfern aus dem Lager des Kapitalismus“, ist vollzogen!

Ist der Marxismus an der Krise Schuld

Aus dem Anlaß der Besprechung eines jüngst erschienenen Amerikabuches in der Frankfurter Zeitung begegnet der bekannte Volkswirtschaftler Arthur Feiler jenen leichtsinnigen Behauptungen, die Lohn- und Sozialpolitik der Gewerkschaften seien an der Herausbeschwörung der Wirtschaftskrise schuld, mit dem Hinweis auf die Vereinigten Staaten, die von der größten Krise erschüttert sind, ohne daß dort irgendwelche marxistische Einflüsse vorhanden gewesen wären. Nach jener Darstellung ist in Amerika der „Hunger nach Waren und Gütern riesengroß, und das Angebot von Waren und Gütern ist ebenfalls riesengroß, aber beide finden nicht mehr zueinander. Neben den unverkäuflichen riesenhaften Weizenlagern des fruchtbarsten Landes der Welt, Kanada, können die Arbeitslosen zu Hunderttausenden nicht einmal von trockenem Brot ihren Hunger stillen. Viele Farmer in Kanada und in den Vereinigten Staaten haben ihren Weizen nicht abgemäht, weil es sich nicht lohnte, während Tausende von Arbeitslosen in den nahebei gelegenen Städtchen zweimal am Tage stundenlang um eine dürftige Mahlzeit aus der Suppenküche anstehen mußten.“

Feiler fügt zu diesen bitteren Feststellungen hinzu: „Man vergesse bitte nicht: von Amerika ist hier die Rede, nicht etwa von Deutschland — von Amerika, wo natürlich nicht die Republik die ganze Krise und alle Not der Bauern, der Arbeitslosen und der Unternehmer auf dem Gewissen hat, von Amerika, wo es kein „System“ und keinen „Marxismus“ und keine „Sozialisierung“ und keinen „politischen Lohn“, wo es keine Gewerkschaftsmacht und nicht einmal eine Arbeitslosenversicherung gibt und wo doch die Krise genau so furchtbar ihr Zerstörungswerk an Menschen und Betrieben tut wie bei uns — von Amerika, wo, genau wie bei uns, die Unternehmer-syndici und -politiker sich ihrer Liebe zur „freien Wirtschaft“ immer nur erinnern, wenn es gegen Arbeiterwünsche Front zu machen gilt, aber diese freie Wirtschaft ganz vergessen, wenn es statt dessen um Zölle, um Trusts und um Subventionen geht, und wo man infolgedessen jetzt in der Krise große öffentliche Gelder ebenfalls für mannigfaltige Stützungsversuche eingesetzt hat, ebenfalls ohne Erfolg und ebenfalls mit schweren finanziellen Einbußen für den Staat.“

Das Steigen der Lebensmittelpreise

Die Preisentwicklung in Deutschland deutet auf Steigerungen hin. Soweit die Lebensmittelpreise in Betracht kommen, ist bereits eine nicht geringe Steigerung eingetreten. Vom 22. Juni bis 10. August wurde in Berlin eine durchschnittliche Steigerung bei Rindfleisch um 9,6, bei Kalbfleisch um 14,9, bei Hammelfleisch um 5,5 und bei Schweinefleisch um 29,9 festgestellt. Des ferneren waren Speck um 3 vH und ausländisches Schmalz um 17,6 vH im Preise gestiegen. Die Preisentwicklung ist bei Fleisch so stark nach oben gegangen, daß die Maßziffer der Ernährungskosten bereits nicht wenig davon beeinflusst wird.

Die Ernährungskosten einer fünfköpfigen Familie waren am 10. August um 1,56 M oder 2,0 vH höher als am 22. Juni d. J. Die Zoll- und Wirtschaftspolitik der Regierung Papen wirkt sich in den Kleinhandelspreisen für Nahrungsmittel bereits fühlbar aus. Von einer Erhöhung der Löhne ist nicht nur nicht die Rede, die Wirtschaftspläne deuten im Gegenteil darauf hin, daß die miserablen Einkommen der breiten Massen noch weiter gesenkt werden sollen.

Ever letztes Bollwerk

Das öffentliche Leben ist erfüllt von dem Streit um die Macht im Staate. Auf politischem Gebiet hat die Reaktion wichtige Posten einzunehmen vermocht. Die nationalsozialistische Bewegung gilt als Stoßtrupp gegen das, was die Arbeiterschaft sich mühselig errungen hat. In dem heftigen Streit um die Beseitigung der Demokratie im Staate ist die Gewerkschaftsbewegung etwas in den Hintergrund getreten. Obwohl auch ihre Zukunft durch die Machtübernahme der politischen Reaktion mehr oder weniger erschüttert ist, wird ihr nicht die Aufmerksamkeit entgegen gebracht, die ihr gebührt. Es ist sicher kein Zufall, daß der Vorstand des ADGB zu einer Zeit, als der Reichstagswahlkampf seinen Höhepunkt erreicht hatte, folgende dringende Mahnung erließ:

„Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigerter Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig. Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen, neue Gefahren abwehren, die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen, dann stärkt die Gewerkschaften! Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern. Jeder werbe von heute ab mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.“

Der Vorstand des ADGB hat diese Mahnung aus genauer Kenntnis der Verhältnisse an die deutsche Arbeiterschaft ergoßen lassen. Es besteht durchaus die Gefahr, daß nach vollständiger Einnistung der Reaktion in der Politik ein verstärkter Ansturm gegen die Gewerkschaften einsetzt. Aus dem Wetterwinkel der westdeutschen Schwerindustrie werden bereits Forderungen laut, die auf eine vollständige Beseitigung der Gewerkschaften als Kampforganisationen hinielen. Die deutschen Gewerkschaften sollen zu Organen der Arbeitsgemeinschaft unter Führung des Unternehmertums gemacht werden. Nach dem Eindringen der Reaktion in die Politik soll die wirtschaftliche Stellung der Arbeiterschaft untergraben werden.

Es braucht nicht auseinanderzusetzen, was die Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiter und Angestellten bedeutet. In den Jahren nach Kriegsende haben sie Leistungen vollbracht, die spätere Geschlechter als Großtaten ersten Ranges bezeichnen werden. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind für das gegenwärtige Wirtschafts- und Kulturleben schlechthin undenkbar. Unter den Erwerbstätigen in Deutschland bilden die Arbeiter und Angestellten weitaus die Mehrzahl. Zersplittert sind diese Millionen rein gar nichts, organisatorisch zusammengefaßt bilden sie eine Macht. Es wäre ein geradezu unerträglicher Kulturzustand, wenn so große Volksteile, wie es die Lohn- und Gehaltsempfänger sind, nicht kraftvoll empordrängen und persönliche, wirtschaftliche und kulturelle Anteilnahme auf allen Gebieten des Lebens forderten.

Die Lohn- und Gehaltsempfänger zählten so lange zum vierten Stand, als sie sich ihrer Klassenlage nicht bewußt waren und sich noch nicht in Gewerkschaften zusammengeschlossen hatten. Mit Zuckerbrot und Peitsche suchte man die immer mehr anschwellende Masse der Hand- und Kopiarbeiter niederzuhalten. Erst als die Gewerkschaften erstanden und so weit erstarkten, daß sie beachtet, anerkannt und als Macht gewertet werden mußten, verbreitete sich die Einsicht, daß hier die stärksten Kraftquellen der modernen Volkswirtschaft verankert liegen. Es ist traurig, daß die gewaltigen Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft nicht in ihre Klassenmacht zu verwandeln vermochten. Daraus ergibt sich, wie schwierig es ist, in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes einfach erscheinende Dinge zum Bewußtsein größerer Menschenmassen zu bringen.

Das Schlimmste, was der deutschen Arbeiterschaft passieren könnte, wäre eine vollständige Lähmung der innerlich so gesunden gewerkschaftlichen Kraft. Wir wollen hoffen, daß dies der Reaktion nicht gelingt.

Mehr als sechs Jahrzehnte kämpft die deutsche Gewerkschaftsbewegung um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Beachtliche, selbst vom Optimisten nicht erhoffte Erfolge sind erungen worden. Die Gewerkschaftsbewegung hat aber eine noch größere Aufgabe zu erfüllen. Sind die Trümmer dieser gewaltigen Wirtschaftskrise erst einmal weggeräumt, dann geht es darum, das Tarifwesen wieder neu aufzubauen, dann erwächst die gewerkschaftliche Pflicht der Arbeiterklasse, die Rechtsbasis wieder zu verschaffen, auf der allein ein einigermaßen erträgliches Leben möglich ist.

Deutschland gleicht zur Zeit einem Hitzekessel. Die Gegenrevolution strebt ihrem höchsten Gipfel zu. Man weiß nicht, was die nächsten Wochen noch bringen. Es ist durchaus möglich, daß das Koalitionsrecht mit gesetzlichen Mitteln verkümmert werden soll.

Die deutschen Arbeiter und Angestellten sollten deshalb die Zeitgeschichte nicht nur verstehen, sondern sie auch zu lenken in der Lage sein. Die Gewerkschaften sind neben der politischen Bewegung der Haupthebel, mit dessen Hilfe die Gegenrevolution aufgehalten werden kann. Deshalb die dringende Mahnung: Laßt die gewerkschaftliche Organisation nicht im Strudel der Zeit versinken, sondern schart euch um sie. Sie sind euer letztes Bollwerk!

Die Ferienheime der Adole

Die Heime der Adole in Thüringer Wald, im Sächsischen Erzgebirge und der Mark Brandenburger waren im Sommer trotz der Krise stark besucht. Auch im Herbst und Winter sind die Heime für den Besuch geöffnet. Wer noch Ferien in diesem Jahre vor sich hat, verlange den Prospekt der Adole. Der Pensionspreis beträgt 3,50 bis 4,50 M., je nach dem Heim, bei voller Verpflegung. In dem Pensionspreis ist das Bedienungsgeld enthalten. Auskunft erteilt: Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H., Sitz Jena, Maximilianstraße 4.

Verbotsandrohung gegen die Gewerkschaftspresse

Man fühlt sich in die Zeit des Sozialistengesetzes zurückversetzt, wenn man liest, daß das Berliner Polizeipräsidium gegen die Gewerkschaftspresse mit Verwarnungen vorgeht und droht, gegen sie „unnachsichtlich mit einem längeren Verbot“ vorzugehen. Dieses Unglück oder diese Ehre — wie man es nennen will — hat die Buchbinder-Zeitung betroffen. Sie hatte in Nr. 31 vor der Wahl die Wirkungen der Notverordnung durchaus richtig dargestellt und entsprechend kritisiert. Darauf erhielt sie die oben angezogene Warnung. In Nr. 37 kommt das genannte Blatt auf diese Angelegenheit zurück. Es wird mitgeteilt, daß die Redaktion oder der Verlag gegen diese völlig ungerechte, Verwarnung und Verbotsandrohung Beschwerde erhoben hat und deren Zurückziehung verlangt. Es wird nachgewiesen, daß der Rahmen einer objektiven Sachdarstellung nicht überschritten wurde. Die Aufgaben der Gewerkschaftspresse werden durchaus zutreffend folgendermaßen umschrieben: „Die Gewerkschaftspresse hat die besondere Aufgabe zu erfüllen, die Interessen ihrer Mitglieder in jedem Falle bis zum letzten wahrzunehmen. Sie hat darum auch auszusprechen, was ist, und sie wird diese ihre Aufgabe auch dort erfüllen, wo eine Tatsache, wenn auch eine für manchen nicht genehme, festgestellt und gesagt werden muß, wobei noch zu beachten bleibt, daß die Sprache des Volkes nicht immer in sanften Molltönen schwingt... Die Redaktionen der Gewerkschaftspresse sind mit im täglichen Kampf und in jahrelanger praktischer Arbeit erprobten und geschulten Menschen besetzt, die sehr wohl abzuwägen gelernt haben, was recht und was unrecht ist, die mit den gegebenen realen Tatsachen umzugehen wissen, die jedoch auch in jeder Situation jedes Ding beim rechten Namen nennen werden.“

Die Verbotsandrohung kennzeichnet unmißverständlich, in welcher Lage wir uns zur Zeit befinden. Die Leser der Gewerkschaftspresse werden dies nicht außer acht lassen dürfen. Unnötig zu betonen, daß wir den Protest der Buchbinder-Zeitung unterstützen. Freilich, wirksamer wäre es, wenn mit aller Kraft an die Beseitigung des Zustandes gegangen würde, mit dem uns die Regierung der Barone beglückt.

Von den Metallarbeiterinnen in Sonneberg

Die Zusammenfassung der Metallarbeiterinnen außerhalb des Betriebes ist eine Notwendigkeit. Im Betrieb läßt sich die Schulung schlecht durchführen. Deshalb ist es sehr begrüßenswert, daß auf dem Kurs für weibliche Funktionäre, der jedes Jahr in unserer Wirtschaftsschule in Dürrenberg stattfindet, die Hörerinnen neben so vielem andern auch über die Bedeutung der Metallarbeiterinnen-Gruppen aufgeklärt werden.

Kürzlich wurde in Sonneberg, am Südrande des Thüringer Waldes, eine DMV-Frauengruppe gebildet. Noch vor einem Jahr konnten außerhalb des Betriebes keine Betriebsversammlungen abgehalten werden, weil zwar die Vertrauensleute, aber keine Kolleginnen anwesend waren. An unserem Unterhaltungsabend (Werbeabend) im Dezember waren 50 Metallarbeiterinnen anwesend. Als beim letzten Frauenabend die vier Kolleginnen, die den diesjährigen Kurs für weibliche Funktionäre in Dürrenberg besucht hatten, ihren Bericht mit Lichtbildern gaben, waren von den über 70 Anwesenden 57 Metallarbeiterinnen. Auch die DMV-Versammlungen zeigen seit der Arbeit der Frauengruppe einen besseren Besuch auf. Und, was noch von großer Bedeutung ist, man schult sich eine Belegschaft, die hinter dem Betriebsrat steht, eine Belegschaft, die vieles, was ihr an der Arbeit des Betriebsrates unverständlich war, plötzlich versteht.

Die Gegenstände, die wir im vergangenen Jahr in unseren Frauenabenden behandelten, waren unter anderem: Warum bekommen wir Frauen weniger Lohn als die Männer? Die Entstehung der Gewerkschaften und ihre Aufgaben, Die Frau und der Faschismus, Der DMV und seine Entwicklung, Sinn und Bedeutung der gewerkschaftlichen Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft. Wenn es irgendwie bei dem Vortragstoff zu ermöglichen ist, sollte die Form der Arbeitsgemeinschaft gewählt werden. Wir haben in unserer Frauengruppe die besten Erfahrungen damit gemacht. Die Kolleginnen lernen durch die Beantwortung der gestellten Fragen die Sicherheit, vor mehreren Anwesenden zu sprechen.

Die Frauenabende müssen vielseitig ausgestaltet sein, soll ein Stamm Kolleginnen erhalten und neue Kolleginnen gewonnen werden. Vor allem darf der Vortrag nicht länger als eine Stunde dauern, damit der heitere Teil des Abends einen breiteren Raum einnimmt, was zur Gewinnung weiterer Kollegen unbedingt notwendig ist. Der heitere Teil kann ebenfalls auf einer gewissen geistigen Höhe gehalten werden. Wir singen Kampf-, Wander- und Volkslieder, ein Kollege liest aus Karlchen Eitlinger: „Mein frohes Völkchen“ vor, was bei der lebendigen Art des Vorlesens oft wahre Lachsalven hervorruft.

Und nun wurde bereits aus dem Kreise unserer Kolleginnen der Wunsch geäußert, doch auch gemeinsame Wanderungen und Besichtigungen durchzuführen. Dieser Antrag fand allgemeine Zustimmung. Beweis, die Metallarbeiterinnen wollen das Gemeinschaftsleben pflegen.

Kolleginnen, die ihr diesen Zusammenschließen der Metallarbeiterinnen noch fern steht, besucht doch ebenfalls die Versammlungen eurer Frauengruppe, und wo eine solche nicht besteht, wendet euch an eure Ortsverwaltung zwecks Bildung einer Gruppe. Wir müssen es denen, die die Gewerkschaften zerschlagen wollen, beweisen, daß die Arbeiter und die Arbeiterinnen fester denn je sich in ihrer Organisation zusammenschließen.

Kollegen, unterstützt uns bei dem Bestreben, die Metallarbeiterinnen in eine DMV-Frauengruppe zusammenzufassen. Seid stets eingedenk, daß es keine Betreibung der Arbeiterklasse ohne Frauen gibt. Je gründlicher die Aufklärungsarbeit unter den Kolleginnen betrieben wird, je mehr sich uns bei dem Befreiungskampf der Arbeiterschaft anschließen, um so eher kommen wir ans Ziel.
Minna Roos.

Die Arbeitslosigkeit deutscher Großstädte

In den Großstädten ist die Arbeitslosigkeit höher als auf dem Lande. Die Jahre 1929 bis 1931 zusammengefaßt, ergaben für die deutschen Großstädte eine Arbeitslosenziffer von 73 auf 1000 Einwohner, gegen 50 im ganzen Reich. Daraus ist ersichtlich, daß in den Großstädten ziemlich erhebliche Massen arbeitsloser Arbeiter zusammengefaßt sind. Den höchsten Arbeitslosensatz unter den deutschen Großstädten hat Breslau in den letzten Jahren gehabt. Von 1929 bis 1931 kamen auf je 1000 Einwohner in Breslau 104 Arbeitslose, in Chemnitz 84, in Dresden 82, Leipzig 81, Mannheim 81, Berlin 79, Stuttgart 77 usw.

Im Jahre 1931 stand Chemnitz mit rund 130 an der Spitze. Es folgte Breslau mit 128, Leipzig mit 117, Duisburg-Hamborn mit 116, Dresden mit 115, Dortmund mit 111 und Berlin mit 111. Die niedrigste Arbeitslosigkeit unter 27 deutschen Großstädten hat Stuttgart mit 53. In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit in den Großstädten stärker gestiegen als im Reich. Im Jahre 1929 wurden in ihnen 44 Arbeitslose auf 1000 Einwohner gezählt, im ganzen Reich dagegen nur 31. Das Verhältnis war im Jahre 1930 71:49, und im Jahre 1931 104:72. Berlin rangierte in den letzten Jahren bezüglich der Höhe der Arbeitslosigkeit je 1000 Einwohner an achter Stelle.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 18. September, ist der 89. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18.-25. September 1932 fällig.

Laut Beschluß des 20. ordentlichen Verbandstages in Dortmund tritt das neue Statut ab 2. Oktober 1932 in Kraft.

Alle Unterstützung beziehenden Mitglieder werden von Beginn der 41. Beitragswoche an nach den Bestimmungen des neuen Statuts ausgerechnet. Für alle Mitglieder, die von diesem Datum an die für ihre Beitragsklasse oder Beitragsstufe in Frage kommenden Unterstützungen bezogen haben, gilt für die Wiederbezugsberechtigung zurückgerechnet die 92wöchentliche Karenzzeit.

Wir wiederholen das dringende Ersuchen des Vorstandes des Holländischen Metallarbeiterverbandes, unsere Mitglieder zu unterrichten, daß in Holland die Arbeitslosigkeit ganz außerordentlich zugenommen hat. Es ist deshalb nicht die geringste Aussicht für ausländische Kollegen, in Holland Arbeit zu bekommen. Die holländische Bruderorganisation, die an ihre eigenen Mitglieder Reiseunterstützung nicht zahlt, kann deshalb künftig an zureisende deutsche Kollegen keine Reiseunterstützung zur Auszahlung bringen. Wir raten unseren Mitgliedern dringend, diese Warnung zu beachten.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Jubilarfeier in Neustadt

Am 3. September ehrte die Verwaltungsstelle in Neustadt die Kollegen Hösel, Herrmann, Kurtze, Knobloch und Posse für ihre 25jährige Mitgliedschaft im DMV. Zahlreich waren die Mitglieder nebst Angehörigen erschienen. Sie wurden vom Bevollmächtigten, Kollegen Richter, mit einem kräftigen „Freiheit!“ willkommen geheißen. Dann schilderte der Bezirksleiter, Kollege Teichgräber, Dresden, die Entwicklung der Verwaltungsstelle. Neustadt sei für die gewerkschaftliche Werbearbeit ein steiniger Boden gewesen. Wenn es trotzdem gelungen sei, Fuß zu fassen, so sei dies ein Verdienst der Jubilare, die das Schiff bei Sturm und Not nicht verließen. Weiter streifte der Redner die Beschlüsse des Dortmunder Verbandstages, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, sie möchten von den Mitgliedern in dieser Krisenzeit verstanden werden. Hierauf überreichte der Bevollmächtigte den Jubilaren die Ehrenurkunde und ein Geschenk der Verwaltungsstelle mit der Mahnung, dem Verbandsverbande auch weiterhin treu zu bleiben. Für die Jubilare dankten die Kollegen Kurtze und Knobloch. Umrahmt wurde die Feier von musikalischen und humoristischen Darbietungen. Lange blieben die Kollegen noch gemütlich beisammen.

August Stork, Darmstadt, Jubilar

Sein 25jähriges Jubiläum als Angestellter und Bevollmächtigter konnte am 15. September der Kollege August Stork, Darmstadt, begehen. Unser Jubilar ist 1870 in Darmstadt geboren und war von Beruf Schlosser. Schon in jungen Jahren war er führend in der Arbeiterbewegung tätig. Er wirkte im Vorstand des Gewerkschaftskartells und der Sozialdemokratischen Partei, deren Vertreter er in der Stadtverordnetenversammlung in den Nachkriegsjahren wurde. Besondere Verdienste hat sich Kollege Stork auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens erworben. In der Allgemeinen Ortskrankenkasse war er schon in den Vorkriegsjahren tätig und wurde durch das Vertrauen der Arbeiterschaft später Kassenvorsitzender. Der Jubilar blieb in allen Lagen ein liebenswürdiger, hilfsbereiter Kollege, dessen Weitblick und Organisationstalent es in erster Linie zu danken ist, daß unsere Bewegung im Kreise Darmstadt so guten Aufstiege nehmen konnte. Wir wünschen ihm zu seinem Jubiläum Gesundheit und Kraft für ferneres erfolgreiches Wirken zum Wohle der arbeitenden Klasse.

Ein Werksdirektor als Nazihelfer

Der Direktor der Buderus'schen Eisenwerke, Abteilung Carlshütte in Staffel, Herr Walz, ist in Metallarbeiterkreisen als Mussolini bekannt. Der Herr ist einer von denen, die bei allen möglichen Gelegenheiten, sogar in Betriebsratsitzungen, auf dem verfluchten Parteibuchsystem der SPD herumtritt, das an allem schuld sei. Das Anwachsen der Eisernen Front ist dem würdigen Herrn mächtig in die Knochen gefahren. Man wird daher verstehen, daß er und sein Sprößling stramme Förderer der Nazis sind.

Bei der Reichstagswahl hat die Eiserne Front auf der Straße gestrichen. Ihre Mitglieder meinten, sie könnten dasselbe machen, was der Herr Direktor samt Sprößling auch tun. Die beiden Zeitgenossen sind aber wohl gar der unmaßgeblichen Meinung, die Straße sei nur für sie zum Streichen da. Weiter scheint der Herr Direktor der Meinung zu sein, nur ein Mann, der vom Gymnasium fortgejagt worden ist, dürfe sich als Schmierer betätigen.

Der Herr Walz, Beamter eines Unternehmens, macht während der Arbeitszeit im Betrieb Propaganda für die Nazis. Wenn das ein Arbeiter oder Angestellter für die Eisernen Front täte, der Direktor würde Kopf stehen. Wenn der Direktor seine Arbeitszeit mit nationalsozialistischer Propaganda vergeudet, braucht man nach der Beschaffenheit des Betriebes nicht zu fragen. Hier gibt es in der Tat viel zu ordnen. Dem Herrn Walz sei geraten, sich zunächst mal um seinen Betrieb zu kümmern, wofür er bezahlt wird. Als Lohnsänger der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sollte er erst einmal dafür sorgen, daß die Arbeiter den Tariflohn bekommen und daß Waschgelegenheiten und Essenwärmer in geordneten Zustand kommen. Damit die allgemeine Meinung verschwindet, der Herr Direktor sei nur deswegen so eifriger Helfer der Nazipartei, um die Arbeiter noch mehr ausnutzen zu können.

Die Arbeiterschaft hat noch nicht vergessen, mit welchen Manövern entlassene Arbeiter um die Anrechte auf die Unterstützungskasse des Betriebes gebracht wurden. Man weiß, daß die eingezahlten Gelder alles Groschen von Proleten sind.

Fredika-Kurse

Zum Zwecke erfolgreicher Völkerverständigung und des Aufbaus persönlicher Freundschaften mit Gleichgesinnten beginnen jetzt wieder englische, französische und spanische Kurse für Anfänger nach der „Direkten Methode“. Schon nach 25 Abenden zu je zwei Stunden beginnen die Teilnehmer frei zu sprechen. Bestehende Kurse nehmen jederzeit Freunde auf. Der Pionier, das dreisprachige Blatt der Vereinigung, bringt Wissenswertes auf internationalem Gebiet. Anmeldungen an die Geschäftsstelle der Fredika (Freunde der Internationalen Kleinarbeit), W. Floerke, Berlin SW 19, Kurstraße 32.

Frankreichs Metallarbeiter in der Krise

Aus verschiedenen Gründen hat die Wirtschaftskrise in Frankreich viel später eingesetzt, als in den meisten anderen Ländern. Während des Jahres 1930 war sie kaum spürbar in der ersten Hälfte des Jahres 1931 schien sie noch ohne Bedeutung. Erst mit dem Herbst 1931 nahm sie einen bedrohlichen Umfang an. Vom Oktober 1931 bis zum März 1932 hat sich die wirtschaftliche Lage in Frankreich rasch verschlechtert, während dieses Sommers hat sich eine leichte Belebung gezeigt, doch rechnet man mit einer weiteren Ausbreitung der Krise im kommenden Winter.

Unter den Großindustrien ist keine so sehr von der Krise betroffen worden wie die eisenverarbeitende Industrie; die folgende kleine Tabelle zeigt den Produktionsrückgang gegenüber dem Jahre 1929, das einen Höhepunkt in der Erzeugung darstellt:

Durchschnittliche Produktion im Monat

Jahr	Rohisen		Rohstahl	
	in 1000 t	im Vergleich zu 1929	in 1000 t	im Vergleich zu 1929
1929	864	—	808	—
1930	834	— 3 $\frac{1}{2}$ vH	787	— 2 $\frac{1}{4}$ vH
1931	696	— 19 „	660	— 18 „
1932 Januar—Mai	510	— 41 „	460	— 43 „

Daß diese Abnahme der produzierten Mengen zum Teil auf der Verringerung des Exports beruht, kann man daraus erkennen, daß die eisenverarbeitende Industrie einen verhältnismäßig geringeren Rückgang aufweist. In der Tat haben eine Reihe von französischen Eisenverarbeitern (Maschinenindustrie, Baugewerbe, Eisenbahnbedarf) ihre Aufträge zum Teil in nicht unbeträchtlichem Maße aufrechterhalten. Der folgende Produktionsindex für Maschinen- und Apparatebau deutet dies zum Teil an.

Produktionsindex (1914 = 100)

Jahr	Indexziffer	im Vergleich zu 1929
	Monatsdurchschnitt	
1929	157	—
1930	166	— 1 $\frac{1}{2}$ vH
1931	137	— 13 „
1932 Januar—Mai	104	— 34 „

Wie hat sich nun die Lage der Arbeiterschaft unter dem Einfluß dieses Produktionsrückganges verändert?

Wie zu erwarten, ist die Arbeitslosigkeit sowohl in der eisenverarbeitenden als auch in der eisenverarbeitenden Industrie in letzter Zeit erheblich gestiegen. Gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1930 ist die Belegschaft in den Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern nach den Angaben der Fabrikspektoren um mehr als 25 vH zurückgegangen: von mehr als 1 $\frac{1}{2}$ Millionen auf knapp über 1 Million Arbeiter. Wenn man in Betracht zieht, daß ein Teil der Arbeiter in der Eisenindustrie, Nicht-Franzosen sind, von denen im Jahre 1931 etwa 12 000 in ihre Heimat zurückgekehrt sind und seitdem noch mehr, so ergibt sich doch, daß die Zahl der Erwerbslosen in der französischen Eisen- und Metallindustrie mindestens 300 000 beträgt.

Dazu kommt nun noch die Kurzarbeit, die in Frankreich schon heute eine ebenso große Rolle spielt wie in Deutschland. Gegenwärtig arbeiten in den Industrien, die uns hier kümmern, keine 40 vH aller beschäftigten Arbeiter mehr 48 Stunden. Je etwa 20 vH entfallen auf die drei Gruppen zwischen 48 und 40 Stunden, 40 Stunden, weniger als 40 Stunden. Nach der Statistik des ADGB waren in Deutschland im Juni 1932 rund 50 vH der organisierten Metallarbeiter erwerbslos und nahezu 30 vH waren Kurzarbeiter. Das sind also 60 vH der in Arbeit stehenden Verbandskollegen. In Deutschland entsprechen also 50 vH Arbeitslosigkeit 60 vH Kurzarbeit der übrigen Arbeiter. In Frankreich sind die entsprechenden Zahlen, wie wir gesehen haben, nur 25 vH Erwerbslosigkeit, aber ebenfalls 60 vH Kurzarbeit. Das ist eine beachtenswerte Tatsache, die auf eine größere Anpassung der französischen Unternehmer an die veränderten industriellen Verhältnisse hinweist.

Der Lohnausfall für die Metallarbeiter in Frankreich ist also beträchtlich angesichts des Umstandes, daß 300 000 gänzlich erwerbslos und mehr als 600 000 Kurzarbeiter vorhanden sind. Lohnkürzungen sind in letzter Zeit in fast allen Zweigen der Industrie vorgenommen worden. Die Angriffe der Unternehmer auf die Löhne sind dadurch erleichtert worden, daß in Frankreich fast keine Kollektivverträge bestehen. Es kommt oft vor, daß die Unternehmer in einzelnen Fabriken für einzelne Arbeitergruppen von heute auf morgen Lohnkürzungen durchführen, ohne daß die Arbeiter ein anderes Mittel als den Streik haben, wenn sie sich zur Wehr setzen wollen. Was aber bei solchen Streiks örtlicher Natur herauskommt, hat erst kürzlich das Beispiel der Metallarbeiter in Dünkirchen gezeigt, die im Juli unter Leitung ihrer Gewerkschaft gegen Lohnkürzung streikten. Sie verloren den Streik dadurch, daß die Unternehmer sofort überall begannen, unorganisierte Erwerbslose einzustellen, die nur auf die Gelegenheit warteten, zu niedrigeren Löhnen als ihre organisierten Kollegen in die Betriebe einzurücken.

In Dünkirchen betrug die Löhne im Durchschnitt 4,50 Francs (75 Pfennig) die Stunde, und sie sollten um 6 bis 10 vH gekürzt werden. Was das auf den Wochenlohn der Metallarbeiter ausmacht, ersieht man daraus, daß in Dünkirchen in vielen Betrieben, besonders in den Schiffbauanstalten, nur 21 Stunden in der Woche gearbeitet wird. Bei den Pariser Metallarbeitern, die als Gelernte 6 bis 8 Francs (1 bis 1,30 Mark) Stundenlohn haben und denen es bisher verhältnismäßig gut ging, kommen in manchen Betrieben Lohnkürzungen von bis zu 10 vH vor.

Daß in solchen Fällen wie dem Streik in Dünkirchen die Gewerkschaften keinen größeren Einfluß ausüben können, liegt daran, daß in Frankreich die Gewerkschaften in den Privatindustrien noch schwach sind und nur langsam Fortschritte machen. Das hat mehrere

Gründe: Einmal haben die Franzosen an sich schon geringe Neigung, sich zu organisieren. Zweitens hat die von den kommunistischen Gewerkschaften verfolgte Streiktaktik manchen Arbeitern die Lust zur Gewerkschaftsarbeit geraubt. Glücklicherweise tritt gegenwärtig in dem letzten Punkt eine Änderung ein. Immer mehr Kollegen erkennen, daß die Abspaltung kommunistischer Gewerkschaftsverbände ein Irrtum war und kehren in die alten Verbände zurück. Das macht sich auch im Metallarbeiterverband bemerkbar.

G. Keuerleber, Paris.

Löhne in der französischen Metallindustrie

Durchschnittliche Stundenlöhne in Paris und Umgebung:

	1931	1930	1928
	Fr.	Fr.	Fr.
zur Zeit gültig			
Walzer	7,00—8,00	6,75—7,50	6,75
Gießler	7,00—7,50	6,50—7,00	6,00
Ajusteur	6,00—8,00	6,50—7,50	5,00—6,25
Monteur	7,00—7,50	6,50—7,50	5,75
Dreher	7,00	6,45	5,50
Kupferschmied	6,50—7,00	6,00—6,50	5,75
Schlosser	6,50	6,10	5,00
Schmied	6,45	6,00	5,00
Lötter	6,50	6,10	5,00
Angelernte	5,00—6,00	5,50	4,50
Tagelöhner	4,50—5,00	4,25	3,50—4,00

Durchschnittliche Stundenlöhne in der Schwerindustrie (ohne Paris und Umgebung):

	1931	1930	1928
	Fr.	Fr.	Fr.
zur Zeit gültig			
Walzer	5,00	4,60	3,85
Gießler	4,90	4,50	3,75
Ajusteur	4,90	4,50	3,75
Monteur	5,00	4,50	4,00
Dreher	4,80	4,40	3,65
Kupferschmied	4,90	4,40	3,75
Schlosser	4,50	4,10	3,50
Schmied	4,60	4,25	3,60
Lötter	4,50	4,20	3,60
Tagelöhner	3,40	3,20	2,75

Zur staatlichen Rüstungsindustrie?

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:

Die bedeutsamen politischen Ereignisse nehmen die öffentliche Aufmerksamkeit fast ganz gefangen. So ist es möglich, daß sich auf wirtschaftlichem Gebiete kaum bemerkbare Ereignisse von größter Tragweite abspielen können. Es hat sich zum Beispiel der Übergang des Herrschaftsrechtes in den Vereinigten Stahlwerken auf das Reich vollziehen können unter Umständen, die noch knapp für einige Eingeweihte Raum und Gelegenheit ließen, öffentlich dazu Stellung zu nehmen, wobei es ihnen aber kaum gelungen sein dürfte, einen breiteren Kreis zur Weiterbeobachtung dieses hochwichtigen Vorganges zu gewinnen.

Wie notwendig aber das wäre, zeigt der Wandel des Herrschaftsverhältnisses in den Vereinigten Stahlwerken, der hochpolitischen Charakter anzunehmen beginnt. Wenn nicht alles trügt, sind wir nämlich auf dem besten Wege, über das Herrschaftsrecht des Reiches in den Vereinigten Stahlwerken zu einer staatlichen Rüstungsindustrie zu kommen. Grund zu dieser Annahme bieten folgende Tatsachen: Die Auffassung der Reichsregierung über ihre Rolle als Mehrheitsbesitzer der Aktien der Vereinigten Stahlwerke (das Reich kontrolliert 462 Millionen von 775 Millionen Aktien) hat sich unter dem Einfluß des Reichswehrministers von Schleicher wesentlich geändert. Während es ursprünglich einer Rückprivatisierung das Wort redete, hat sich der Minister zu einem „Staatssozialisten“ entwickelt und die Regierung zu der Ansicht bekehrt, daß sich jegliche Neuorganisation der Wirtschaft nur im Einklang mit den Staatsinteressen vollziehen könne und müsse und die Frage: Staatswirtschaft oder nicht? nur nach Zweckmäßigkeit von Fall zu Fall entschieden werden könnte.

Herr von Schleicher ist sich nämlich, im Zusammenhang mit seiner Forderung auf wehrpolitische Gleichberechtigung Deutschlands, darüber klar, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen solche Gleichberechtigung nur gleichbedeutend wäre mit Rüstungsfreiheit, und daß hierzu für Deutschland auch wieder die Neuschöpfung einer Rüstungsindustrie gehört. Was ist natürlicher, als daß Herr von Schleicher allmählich die „Verstaatlichung“ der Vereinigten Stahlwerke mit ganz anderen Augen wertete, als seine rein privatwirtschaftlich eingestellten Ministerkollegen, und diese Verstaatlichung im Zusammenhang mit seinen wehrpolitischen Plänen plötzlich durchaus zweckmäßig findet? Es mußte ihm, dem Militär, geradezu als Geschenk des Himmels erscheinen, daß unter diesen Umständen der Staat das Herrschaftsrecht im größten Montanunternehmen der Welt besitzt und damit völlig unbehindert über alle Möglichkeiten rüstungspolitischen Zielstrebens verfügt.

Eine gute Unterstützung und Förderung seiner Absichten fand Herr von Schleicher in dem Kölner Inflationsgewinnler Otto Wolff, der ja ebenfalls ein beachtliches Aktienpaket der Vereinigten Stahlwerke kontrolliert. Wie man in eingeweihten Kreisen wissen will, soll sogar er es gewesen sein, der die Minister auf den Gedanken brachte, im Rahmen des „verstaatlichten“ Stahlvereins eine staatliche Rüstungsindustrie zu schaffen, wobei er sich lediglich als Preis zu sichern verstand, daß er, Otto Wolff, die alleinige Eisenhandelsvertretung der Vereinigten Stahlwerke übertragen bekomme.

Man sieht, daß auch der fanatischste Privatwirtschaftler sich unter Umständen mit ein bißchen Staatswirtschaft abfindet, und zwar dann, wenn ihm dabei nur ein goldiges Geschäftchen winkt. So hat eben jedes Ding seine zwei Seiten. Sowohl die Abwehrstellung des Privatkapitals gegenüber der Staatswirtschaft, als auch die plötzliche Vorliebe des Herrn von Schleicher für eben dieselbe Staatswirtschaft. Es sind natürlich weder hier noch dort wirkliche volks- oder sozialpolitische Erwägungen, was die Ein- oder Umstellung bestimmt. Dort ist das Streben nach Profit, hier das militärische Interesse. Ob die Sache glatt geht, ist freilich noch nicht ausgemacht. Die bisherigen Herren des Stahlvereins werden wahrscheinlich Gewichtiges einzuwenden haben. Nicht etwa, daß sie gegen Profit und Rüstungsindustrie seien, behüte, wohl aber dürften sie verlangen, daß sie wie bisher dabei ihr Schäffchen scheren können. Auf die weitere Entwicklung der Sache kann man füglich gespannt sein.

Noch mehr Walzwerke?

Die eisenverarbeitenden Walzwerke Europas haben eine Leistungsfähigkeit, die selbst in guter Wirtschaftszeit nicht ausgenutzt werden kann und die in der gegenwärtigen Krise nur zu einem geringen Bruchteil ausgenutzt wird. Obwohl diese Walzwerke den europäischen Bedarf an Walzwerkprodukten reichlich befriedigen könnten, sollen jetzt eine Anzahl von kleinen Ländern, die bisher weder eine Hüttenindustrie noch Walzwerke in erheblichem Umfang hatten und die die Walzwerkprodukte einführen, die Absicht haben, eigene Walzwerke zu errichten. So wird in Finnland und in Norwegen die Errichtung von Walzwerken zur Herstellung von Stabeisen, Blechen, Draht, in Dänemark und in Holland u. a. die Errichtung von Werken auch für die Herstellung von Röhren usw. geplant.

Die Ursachen dieser Pläne sind verschieden und nicht leicht zu ergründen, da doch die geplanten neuen Produktionszweige gegenüber der Produktion in den alten Eisenländern bestimmt zu teuer arbeiten würden. In dem einen Fall dienen diese Pläne der Absicht, im Inland Beschäftigung zu schaffen, indem die Einfuhr auf Halbzeug beschränkt wird, die dann im eigenen Lande verarbeitet werden soll. In dem anderen Fall, wie zum Beispiel in Holland, handelt es sich um die Förderung des Absatzes der eigenen Roheisenvorräte. Indessen müssen diese Pläne vielfach auch als Drohungen an die Adresse der Lieferantenländer angesehen werden, auf die die erwähnten Länder einen handelspolitischen Druck ausüben möchten, um sie zur Erleichterung ihrer Ausfuhr zu zwingen. Würden diese Pläne tatsächlich verwirklicht, so würden sich die gewaltigen Kapitalien, welche in den Walzwerken der alten Eisenindustrien angelegt sind, noch weiter entwerten.

Zur Wiederaufrichtung des Internationalen Eisenkartells — Internationale Rohstahlgemeinschaft — dürften diese Pläne einen starken Anstoß geben. Das Eisenkartell ist gegenwärtig nur noch auf dem Papier vorhanden. Die Wiederaufrichtung eines internationalen Kartells für Halbzeug, das von den neuen eisenverarbeitenden Ländern, die keine Hüttenindustrien haben, eingeführt werden müßte, wäre eine dringende Aufgabe, um den Preisunterbietungen auf dem Weltmarkt ein Ende zu setzen, und vielleicht auch zu dem Zweck, um jene Länder zum Verzicht auf ihre Walzwerkpläne zu zwingen. Ein internationales Kartell für Halbzeug wäre auch leichter auf die Beine zu stellen, als die geplante Neugründung von Verbänden für die verschiedenartigen Walzwerkprodukte. Allenfalls zeugen die hier geschilderten Pläne von der heillosen Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft, die neue Betriebe entstehen läßt, wo nicht einmal alte auch nur einigermaßen ausgenutzt werden können.

Fünftägige

Arbeitswoche in Amerika?

Im amerikanischen Wahlkampf stehen diesmal soziale Fragen stärker im Vordergrund, als das jemals in der Geschichte der Vereinigten Staaten der Fall gewesen ist. Der wiederkandidierende Präsident Hoover hat alle seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen der jüngsten Zeit fast eindeutig auf das Ziel abgestellt, Erleichterungen für die Wirtschaft zu schaffen. Für den kommenden Winter wird die Zahl der Arbeitslosen vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund auf 11 $\frac{1}{2}$ Millionen geschätzt, werden die Angehörigen hinzurechnet, so sind es mindestens 30 Millionen Menschen, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Für den kommenden Winter nimmt man 13 Millionen Arbeitslose an. Hervorzuheben ist aber, daß in keinem der Bundesstaaten auch nur annäherungsweise genügende Mittel zur Verfügung stehen. So wird aus Chicago berichtet, daß bei einem Wohlfahrtsbedarf von 130 Millionen Dollar für 1932 im besten Falle 15 Millionen für Unterstützungen zur Verfügung stehen. In den westlichen Bezirken der Schwerindustrie hat insbesondere das Elend einen untragbaren Grad erreicht. Familien mit vier und fünf Köpfen müssen mit einem Betrag von 1,50 Dollar und weniger in der Woche existieren.

Bei der riesigen Zahl der Arbeitslosen werden die Versuche der Unternehmer, die Löhne abzubauen, immer häufiger, weil es Tarifverträge nur für einen ganz kleinen Kreis von Arbeitern gibt. Im übrigen aber spielt sich der Lohnabbau nicht vor der Öffentlichkeit ab, weil es sich um Einzelarbeitsverträge handelt. Im Grubengebiet von Illionis ist ein Arbeitskampf ausgebrochen, an dem über 10 000 Grubenarbeiter beteiligt sind. Ein Massenaufgebot von Polizei kontrolliert den Grubenbezirk und unterdrückt die Kundgebungen der Bergarbeiter. Sogar Bombenflüge kreisten über den Demonstranten, um diese einzuschüchtern. Am 26. August hat Präsident Hoover auf einer Konferenz den Industrieführern Vorschläge gemacht zur Aufrechterhaltung der Massenkaufkraft. Die fünftägige Arbeitswoche, die unter angemessener Anpassung der Löhne und Gehälter für die Staatsbetriebe bereits in Aussicht genommen ist, soll auch in der Privatindustrie durchgeführt werden. Die schon weitbestehende Kurzarbeit, etwa 11 Millionen Arbeiter sind verkürzt beschäftigt, scheinen diese Maßnahme möglich zu machen. Für die Inangsetzung der Notstandsarbeiten sind umfangreiche Kredite zur Verfügung gestellt, ohne daß dadurch auch nur das schlimmste Elend im kommenden Winter überwunden werden könnte.

Unruhen in Polen

In dem faschistischen Polen haben die Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter eine kaum zu übertreffende Schärfe erreicht. Lohnabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind an der Tagesordnung, so daß immer wieder Unruhen entstehen, die sehr häufig mit blutiger Gewalt niedergeschlagen wurden. In Polnisch-Oberschlesien haben sich diese Gegensätze besonders zugespitzt, so daß nur durch das Eingreifen der Polizei die Ruhe, wenn auch nur auf der Oberfläche, wieder hergestellt werden kann. Aber auch in dem Lodzer Textilbezirk flackern die Unruhen immer wieder auf. In der größten staatlichen Textilfabrik ist wegen Lohnstreitigkeiten ein Streik ausgebrochen, da neuerdings Lohnkürzungen von etwa 15 bis 18 vH vorgenommen wurden. Die Textilarbeiter, die sowieso schon ein Hungerdasein führen, haben wenig zu verlieren, so daß mit einem langandauernden und ernsthaften Arbeitskampf gerechnet werden muß. Die Warschauer Kommunalbeamten haben wiederum einen Streik androhen müssen, um in den Besitz ihrer rückständigen Gehälter zu gelangen. Über zwei Monate sind die Gehaltszahlungen im Rückstand. Die hungernden Beamten sind entschlossen, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bis ihnen die rückständigen Bezüge nachgezahlt sind.

Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben
an Unorganisierte und Gleichgültige.
Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!

